

**Misstandsfeststellungen und Veranlassungen der Volksanwaltschaft 2019**  
**Bundesverwaltung**  
**Jänner bis Februar**

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer der erstinstanzlichen Verfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 5	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA setzte in der Regel keine oder nur sehr wenige Ermittlungsschritte. Die 15-monatige Entscheidungspflicht wurde verletzt, wobei organisatorische Mängel und steigende Asylanträge keine rechtlich relevante Begründung darstellen. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Asyl – Dauer der Rechtsmittelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 21	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die 12-monatige Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Lehrkräfte für Integrationskurse VA-BD-AA/0008-A/1/2018	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA)	Das BMEIA änderte kurzfristig innerhalb von vier Wochen die Qualifikationsanforderungen für Lehrkräfte von Integrationskursen. Studenten, die zum Zeitpunkt der Änderung eine entsprechende Ausbildung absolvierten, standen vor dem Problem, dass sie die neuen Voraussetzungen auch nach Abschluss der Ausbildung nicht erfüllten und für sie auch keine Übergangsbestimmungen erlassen wurden.
Verfahrensdauer VA-BD-FI/0200-B/1/2018	Bundesministerium für Finanzen (BMF)	Bereits im Oktober 2013 stellte ein Niederösterreicher einen Vorlageantrag beim Finanzamt Lilienfeld St. Pölten. Aufgrund mehrerer Personalwechsel im Fachbereich des Finanzamts wurde dieser erst im August 2018 bearbeitet. Die VA kritisierte die lange Verzögerung.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0909-C/1/2018	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit mehr als acht Monaten anhängigen Aufenthaltstitelverfahren kam es zwischen Juli und November 2018 zu einer Verfahrensverzögerung. Der Grund dafür war eine fehlende Urgenz

		der ausständigen Anfrage bei der LPD Wien.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0937-C/1/2018	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit mehr als einem Jahr anhängigen Aufenthaltstitelverfahren kam es zwischen Februar und Mai 2018 zu einer Verfahrensverzögerung. Die MA 35 beantragte die Aufenthaltskarte zunächst schon im Februar 2018, stellte jedoch erst nach dem Einlangen fest, dass noch weitere Verfahrensschritte nötig sind. Daher verständigte die MA 35 die LPD Wien erst im Mai 2018, um eine mögliche Aufenthaltsehe zu überprüfen.
Verfahrensdauer VA-BD-J/0799-B/1/2018	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	In einem Exekutionsverfahren wurde, die erste Vollzugshandlung erst nach drei Monaten gesetzt und damit die in der Exekutionsordnung normierte Frist von vier Wochen überschritten.
Verfahrensdauer VA-BD-J/0880-B/1/2018	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	In einem beim BG Floridsdorf anhängigen Unterhaltsverfahren kam es zu erheblichen Verzögerungen. So wurde beispielsweise ein ziffernmäßig präzisiertes Antrag auf Unterhaltserhöhung dem Antragsgegner erst fünf Monate später zur Äußerung zugestellt.
Maßnahmenvollzug VA-BD-J/0801-B/1/2018	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Ein Untergebrachter im Maßnahmenvollzug beklagte unterschiedliche Einschlusszeiten von zwei Abteilungen in der Justizanstalt Garsten. Die Einschlusszeiten wurden so angepasst, dass es zu keiner Ungleichbehandlung mehr kommt.
Familienbeihilfe VA-BD-JF/0163-A/1/2018	Finanzamt, Sozialministeriumservice	Für eine behinderte Tochter wurde für die vergangenen fünf Jahre die erhöhte Familienbeihilfe abgewiesen, da ein Gutachten zwar die Erwerbsunfähigkeit vor dem 18. Lebensjahr feststellte, aber eine erhebliche Behinderung erst ab dem Jahr 2018. Da nun ein zweites Gutachten eindeutig nachweist, dass eine erhebliche Behinderung seit Geburt vorliegt – wie die Eltern immer angegeben haben - wurde die Leistung nun im Rechtsmittelverfahren gewährt.
Familienbeihilfe VA-BD-JF/0177-A/1/2018	Finanzamt, Bundesministerium für Frauen, Familien und Jugend (BMFFJ)	Für einen studierenden Sohn wurde die Familienbeihilfe abgelehnt und auf die vermeintliche Zuständigkeit eines anderen Staates verwiesen, weil auch Einkünfte in diesem Land bestanden. Die Eltern leben und arbeiten aber in Österreich. Nach Einschaltung der VA wurde die Zuständigkeit anerkannt und die Familienbeihilfe gewährt.

<p>Behindertenpass – Vornahme einer Zusatzeintragung VA-BD-SV/1216-A/1/2018</p>	<p>Bundesverwaltungsgericht (BVwG)</p>	<p>Das BVwG überschreitet die sechsmonatige Entscheidungsfrist ohne nähere Begründung. Der Vorlageantrag und der Akt wurden bereits am 9. Mai 2018 an das BVwG übermittelt. Auf Anfrage der VA teilte das Gericht mit, dass der Bf am 10. Dezember 2018 zu einem persönlichen Begutachtungstermin zu einer Amtssachverständigen geladen worden sei.</p>
<p>Verfahrensverzögerung VA-BD-SV/1291-A/1/2018</p>	<p>Arbeitsmarktservice (AMS) Wien</p>	<p>Das AMS leitete einen Vorlageantrag an das BVwG erst nach rund sechs Monaten weiter. Diese Verzögerung beanstandete die VA. Das AMS setzte entsprechende organisatorische Maßnahmen, um künftig eine zügige Vorlage zu gewährleisten.</p>
<p>Eingeschränkte Flugbewilligung VA-BD-VIN/94-A/1/2018</p>	<p>Austro Control GmbH</p>	<p>Ein Beschwerdeführer wurde für ein unbemanntes Luftfahrzeug der Klasse I eine bloß eingeschränkte Betriebsbewilligung erteilt, wobei die verfügte Einschränkung der Betriebszeiten mit keinem Wort begründet wurde. Nach Einschaltung der VA verspricht die Austro Control, in Zukunft Erwägungsgründe für derartige Einschränkungen in den Bescheiden gesetzeskonform auszuformulieren.</p>